

Deutschland ist Papierkriegsgebiet

Bürokratieabbau ist das mit Abstand wichtigste Thema aus Unternehmenssicht. Warum kommt nichts voran?

Das Ruhrgebiet, es steckte mitten in der Industrialisierung, die Schlöte rauchten und unter Tage wurde Kohle und Erz gefördert, was die Grubenhunde hergaben, da zog Familie Westarp über Tage mit dem Alteisenkarren durch die Straßen. Ausrangiertes wurde gesammelt, um es wieder einzuschmelzen. Fünf Generationen und mehr als 130 Jahre später, leitet Jürgen Westarp den Betrieb, der mit rund 400 Mitarbeitern ein ausgewachsener Mittelständler ist. Hauptstandort der Westarp KG ist inzwischen nicht mehr das Ruhrgebiet, sondern die Hafenanstraße in Aschaffenburg am Main. Und wer sich in dem Unternehmen durch die Aktenordner wühlt, könnte meinen: Hier ist Kriegsgebiet. Papierkriegsgebiet jedenfalls. Hier feiert die Bürokratie fröhliche Urständ.

Die penibel dokumentierten Brief- und E-Mail-Wechsel, die die Firma mal mit der Stadt, mal mit dem Hafenamts oder wahlweise auch mit der Wasser- und Schifffahrsdirektion führt, füllen jedenfalls Regalmeter, die Autoren wie zum Beispiel Franz Kafka neidisch erblassen lassen würden. „Die Fessel der gequälten Menschheit sind aus Kanzleipapier“, hat Kafka festgestellt und damit einen Satz gesagt, den Jürgen Westarp sofort unterschreiben würde.

Da ist zum Beispiel der Band „Entnahme Mainwasser“, zu dem der Unterordner „Staubbeschwerde“ und der Unterunterordner „Schlauchbrücke“ zählen. Es geht darum, dass Westarp, dessen Firma Schiffe mit Schrott belädt, gern Wasser aus dem Main benutzen würde, damit es beim Verladen nicht so staubt. Der dazu nötige Schriftwechsel, der sich von der Kapazität und dem Bauplan der Wasserpumpe über die notwendige Schlauchführung bis zur Art und Weise der „Bedüsung“ schlängelt, endet mit dem Bescheid, dass Westarp doch das ungleich wertvollere – und teurere – Trinkwasser für sein Vorhaben verwenden muss.

Wer Eisenhändler wie Westarp fragt, wer bekannte Familienunternehmerinnen wie Elisabeth Grupp von Trigema anspricht, sich an die großen börsennotierten Mittelständler wie Sixt wendet, oder, ohne Ross und Reiter zu nennen, ganze Branchen abklappert und wissen will, was eine neue Bundesregierung jetzt wirklich verändern soll, erhält eine eindeutige Antwort: Sie muss dafür sorgen, dass die Bürokratie nicht wuchert wie Efeu im Ziergarten. Eine repräsentative Umfrage des WirtschaftsKuriers hat ergeben, dass bei Weitem die Mehrheit der Unternehmer diese Ansicht teilt. Nichts belastet sie so sehr wie die Bürokratie.

Die Rechnung der Mittelständler geht so: Seit 2015 ist in Deutschland die Bürokratiebremse in Kraft. Pro neues Gesetz muss ein altes raus, um den gesamten bürokratischen Aufwand nicht steigen zu lassen. Und wie immer, wenn es hierzulande etwas zu regeln gibt, macht das ein Büro. Es ist im Bundeskanzleramt zu finden und der CDU-Bürovorsteher für Bürokratieabbau hieß bislang Hendrik Hoppenstedt und war Staatsminister. Der Posten könnte jetzt auf einen anderen übergehen. Der Nachfolger wird das gleiche Problem haben wie Hop-



Familie Grupp beschäftigt bei Trigema rund 50 Asylbewerber. „Warum dürfen sie nicht so lange arbeiten, wie sie hier sind?“, fragt Firmenchefin Elisabeth Grupp.

penstedt: Auch wenn er die Eins-rein-eins-raus-Regel anwendet, wird er gegen EU-Richtlinien machtlos sein und kann die einmaligen Umstellungskosten von Gesetzesänderungen genauso wenig ändern, wie den schon bestehenden Wust verkleinern.

Elisabeth Grupp, 1967 als Baroness von Holleuffer in Graz geboren, ist seit drei Jahrzehnten privat und beruflich an der Seite des schwäbischen Unternehmers und Trigema-Chefs Wolfgang Grupp. Sie berichtet von einem ganz anderen Feld, auf dem sie es mit Bürokratie zu tun hat. Der Textilhersteller beschäftigt mehr als 50 Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan, Pakistan und dem Iran – sozialversichert und zu fairem Lohn. Den neuen Mitarbeitern gelingt es, dank ihres Einkommens aus der Flüchtlingsunterkunft in eigene

wird den Flüchtlingen die Arbeitslaubnis entzogen. Ihre Wohnung können sie nicht mehr bezahlen, und es geht zurück in die Flüchtlingsunterkunft. Abgeschoben werden sie nicht, da wegen fehlender Papiere keine Behörde das wahre Herkunftsland kennt. „Mir geht es nicht darum, Abschiebeentscheidungen infrage zu stellen“, sagt die Unternehmerin. „Ich frage mich bloß, warum die Menschen – auch die ohne gültige Ausweise – nicht so lange bei uns arbeiten können, wie sie im Land sind.“ So würden sie weiterhin in die Sozialkassen einzahlen, müssten nicht vom Staat unterstützt werden und könnten auch ihre Familien in den Heimatländern unterstützen. Gedient wäre damit am Ende allen.

Während Elisabeth Grupp sich damit nicht scheut, einen

Ecke. Das Problem, das im Vergleich zum Umgang mit Flüchtlingen eine Bagatelle ist, hat immerhin den Normenkontrollrat in Baden-Württemberg beschäftigt, ein sechsköpfiges Expertengremium, das die Bürokratie im Ländle überwacht. Seine Nachforschungen haben ergeben: Sofern künftige Bäcker Belege nur dann ausdrucken würden, wenn sie höher als zehn Euro sind, könnten 8,7 Millionen Euro jährlich an Bürokratiekosten für die Bäckereien in Baden-Württemberg eingespart werden. Hinzu kommen reduzierte Müllgebühren, weil der Bäcker nebenan keine zusätzliche Restmülltonne für Kassenbons mehr braucht.

Generalstabsmäßig hat sich der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) des Themas Bürokratie angenommen. Im Namen der 2,4 Millionen kleinen und mittelgroßen Unternehmen in Deutschland hat der DIHK eine 60-seitige Studie angefertigt, die es in sich hat. Als Pilotbranche wird das Gastgewerbe detailliert untersucht. Ergebnis: Mehr als 120 sich wiederholende Abläufe lassen sich unter dem Stichwort „Bürokratie“ aufzählen. Dazu gehört beispielsweise die Bettensteuer. Von Berlin bis Überlingen wird sie von immer mehr Städten kassiert. Sie zu erheben, zu errechnen, anzumelden und zu bezahlen, führt zu einem erheblichen Mehraufwand, weil beispielsweise bei der Steuer zwischen privater und geschäftlicher Übernachtung unterschieden wird. „Darüber hinaus“, so erklären kopfschüttelnde Hoteliers, „kostet es Zeit, jedem Gast zu erklären, warum die Bettensteuer erhoben wird, und wenn die Gäste nicht einverstanden sind, kostet es ebenfalls Zeit, über die Beschwerdemöglichkeiten zu informieren.“

Ein Daueraufreger unter den Gastwirten ist auch die staatlich organisierte Temperaturüber-

wachung empfindlicher Lebensmittel. Während jeder Küchenchef darauf achtet, dass seine Lebensmittel nicht verderben, und deswegen inzwischen hochgerüstete Kühltechniken verwendet, die beim kleinsten Fehler in der Kühlkette digital Alarm auslösen, verlangen die zustän-

„**Unternehmen selbst erzeugen mindestens genauso viel Bürokratie, wie Behörden.**“

Ernst Prost, Geschäftsführer, Liqui Moly GmbH

digen Veterinärämter täglich auszufüllende, ein Jahr aufzubewahrende und ad hoc vorzeigbare Formulare, die die Temperatur in Küche und Kühlschrank protokollieren. „Wenn ich die Dokumentation nicht habe, bekomme ich mehr Ärger, als wenn Mäuse durch die Küche laufen“, sagt ein Wirt.

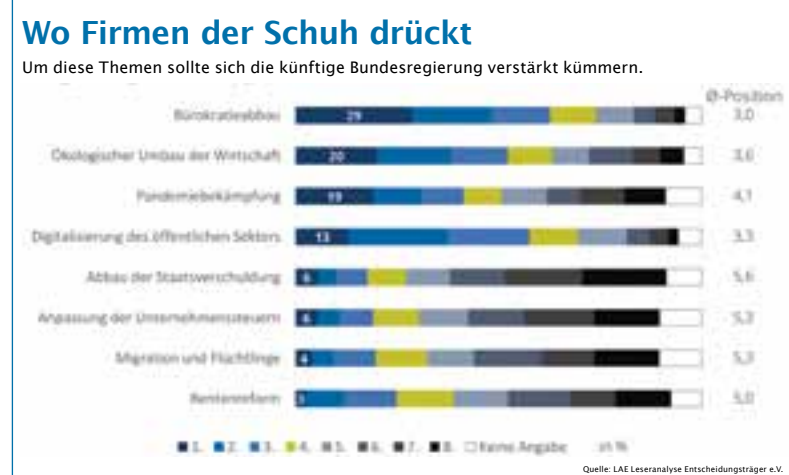
Natürlich bleibt Politikern in Bund und Ländern nicht verborgen, dass hier etwas grundsätzlich schief läuft. Doch ihre Heilungsversuche wirken hilflos. Ob der Bürokratiebeauftragte im Kanzleramt, der Normenkontrollrat aus Stuttgart oder wie im Fall Nordrhein-Westfalens die Clearingstelle Mittelstand: Die Klage vor allem mittelständischer Unternehmer über zu viel Bürokratie verstummt nicht. Dabei hat beispielsweise die Clearingstelle durchaus Gutes bewirkt: Seit 2013 hat sie 113 Verfahren über die Bühne gebracht, bei denen sie geplante Gesetzesvorhaben auf ihre Ver-

träglichkeit für den Mittelstand abgeklopft hat. Manche Gesetze, wie das Kontrollergebnis-Transparenzgesetz, das unter normal sprechenden Menschen als Hygieneampel bekannt war, wurden sogar auf Veranlassung der Clearingstelle ganz gekippt.

Dennoch wiehert der Amtschimmel munter weiter. Rohstoff-Händler Westarp hat im bayerischen Aschaffenburg nach seinem Trinkwasser-Bescheid inzwischen die nächste Strecke mit Aktenordnern gefüllt: Er schlägt sich mit dem Kartellamt herum, das ihm einen Auskunftsbeschluss zugestellt hat. Weil mehrere andere Branchen großen sich zusammenschließen wollen, wird Westarp darin aufgefordert, seine eigene Stellung im Markt zu beschreiben. Um die vom Amt angeforderten Daten zu erheben, müssten etwa 1.350.000 sogenannte Wiegescheine der vergangenen Jahre ausgewertet werden, die dokumentieren, welcher Schrott, in welcher Menge angeliefert wurde, 112.500 Stunden Arbeitszeit würde das bedeuten und sei eine „unbillige Härte“, wie Westarps Anwalt formuliert. Das Kartellamt dagegen bleibt bei seiner Auskunftsforderung und droht schon mal mit „Zwangsgeld“ in Höhe von fünf Prozent des Umsatzes.

Um der Bürokratie Herr zu werden, ist der Staat als Haupttreiber der Bürokratie wahrscheinlich der falsche Ansprechpartner. Zwei gestandene Unternehmer wissen das. Sie reagieren völlig unterschiedlich. Alltagsweise gibt sich Ernst Prost, der demnächst scheiden- de Chef des Schmiermittelproduzenten Liqui Moly. Er stellt abwägend fest: Unternehmen selbst erzeugen mindestens genauso viel Bürokratie wie Behörden. „Schauen Sie sich nur mal Verfahrensanweisungen großer Konzerne an, dann wissen Sie, was ich meine.“ Und dann verteidigt er mit starken Worten den starken Staat: „Wir hätten ansonsten Wildwest, Rücksichtslosigkeit, Gefährdungen und Gefährlichkeit aller Art, einen bösen Raubtier-Kapitalismus und anstatt einer freien und sozialen Marktwirtschaft, die man aber auch regeln und organisieren muss, frühkapitalistische, umweltschädigende und menschenverachtende Zustände, in denen solche lästigen Aufgaben, die wir heute in Bausch und Bogen als Bürokratie verteufeln, gar nicht vorkämen.“

Der andere Unternehmer heißt Alexander Sixt, der gerade gemeinsam mit seinem Bruder den börsennotierten Mobilitätsanbieter vom Vater übernimmt. „Ich verachte Bürokratie“, sagt er und zitiert damit Vater Erich Sixt. „Diese Einstellung prägt unser Handeln und unsere Kultur.“ Sixt sagt, er ermutigt jeden in der Firma, stets unternehmerisch zu denken und Entscheidungen selbstständig und verantwortungsbewusst zu treffen. Er nennt ein Beispiel: „Vor vielen Jahren haben wir den sogenannten Bureaucracy Button ins Leben gerufen – eine Art roter Knopf, auf den die Kolleginnen und Kollegen mit Wucht drücken dürfen, wenn ihnen etwas arg bürokratisch erscheint. Der Vorstand erhält dann direkt eine Sofortnachricht. „Damit“, sagt Sixt, „ist es uns gelungen, administrative Prozesse im Unternehmen deutlich zu entschlacken.“ oli



vier Wände zu ziehen, ein Großteil des Gehalts landet bei der Familie in der fernen Heimat. Das geht allerdings nur gut, wenn die Flüchtlinge ihre Identität zweifelsfrei nachweisen können. „Und das kann dauern. Manchmal gelingt es auch gar nicht“, sagt die Firmenchefin.

Was dann jedoch passiert, kann sie nicht nachvollziehen: Ohne nachgewiesene Identität

heiklen Punkt anzusprechen, um den die Politik aber lieber einen Bogen macht, hat es ein ziemlich harmloses Papierehen im vergangenen Jahr in alle Schlagzeilen geschafft: der Einkaufsböns beim Bäcker. Jeder Kunde erhält ihn, ganz gleich, ob er für 28 Cent eine Semmel kauft oder für 28 Euro eine Kaffeetafel ausstattet. Kaum aus dem Laden schmeißt er ihn ungeniert in die